

# APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Tel. 85458

Zürich / Auf der Mauer 13

Preis vierteljährlich Fr.2.- Erscheint zweimal monatlich, 12-14 seitig.  
Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr.10 (Zweite Mainummer)

31. Mai 1944

8. Jahrgang

## Inhalt

Leitartikel: Die Gesellschaftskrise der Gegenwart II. . . . . S. 107  
Vom mangelnden Begriff der Gemeinschaft: Vom Wirtschaftsplan Röpkes:  
Ein Plan ohne Ziel? - Es fehlt die "Volks"-wirtschaft bei Röpke - Ein ein-  
seitiger Begriff von "Welt"-wirtschaft gezeigt an einem Artikel der NZZ.-  
Gibt es nur Einzelne und Summen von Einzelnen? - Die Stadt Genf als Beispiel -  
Warum Röpkes Plan nicht genügt. - Ist Gemeinschaft = Kollektivismus?  
(Schluss folgt)

Dokument aus der Sozialdemokratischen Jugend.

Die Aufgaben der Sozialdemokratischen Jugend . . . . . S. 111  
Vorbemerkung: Aus der Geschichte der sozialdemokratischen Jugendbe-  
wegung - Ihr Verhältnis zur Partei - Zu den Kommunisten - Ihre Zahl.  
Das Dokument: Die Notlage - Keine Isolation - Gegen den Burgfrieden -  
Die Partei passt sich der Jugend an - Bündnis mit nichtproletarischen  
Jugendorganisationen - Von den Erfahrungen der letzten Jahre: geringer  
Erfolg u. seine Gründe: der innere Streit zersetzt. - Vom geringen  
politischen Interesse der Jugend - Von den Fehlern der S.P.

Streiflichter.

Verfehlt der amerikanische Messianismus . . . . . S. 116  
Die "Lupe" wird unter die Lupe genommen - Wird uns die Vielweiberei  
retten?

Wird die Jugend wieder religiös? . . . . . S. 118

Drei Kenner der Jugend geben ihr Urteil. - Eine Wende kündet sich an -  
Sehnsucht nach Glaube, nach Führung, nach Wahrheit - Ihre Gefahr!

---

## Die Gesellschaftskrise der Gegenwart.

### II.

2. In unserem letzten Artikel haben wir darauf hingewiesen, dass es der liberalen Auffassung vor allem an einem klaren und überzeugenden Begriff der Gemeinschaft mangelt. Es liesse sich dies an vielen Beispielen aus den Schriften Röpkes aufzeigen. Eine Linie wollen wir hier verfolgen, die gerade ins wirtschaftliche Gebiet führt, dessen Ordnung ja das besondere Anliegen dieses Buches ist.

In der Einleitung zur "Civitas Humana" (=H) ist vom Wirtschaftsschäftsplan die Rede. "Die Frage nach dem Was, Wieviel und Wie der Produktion ist das, was wir den Wirtschaftsplan (Produktionsplan) der Gesellschaft nennen, und nun fragen wir uns, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, dieses Grundproblem des Wirtschaftsplanes zu lösen". Es gebe aber solcher Möglichkeiten nur drei: die Eigenwirtschaft, die Marktwirtschaft und die Kommandowirtschaft. Für die differenzierte Wirtschaft von heute kämen nur die beiden letzten in Betracht. "Entweder nämlich wird das Was, Wieviel und Wie der Produktion durch den ebenso komplizierten wie sinnreichen Mechanismus der Preisbildung und des Zieles von Angebot und Nachfrage auf dem 'Markte' entschieden, oder durch bewusste, kommandierte und strafrechtlich sanktionierte Anordnung der Behörde". Hier wie dort sei eine Antwort auf das Planproblem gefunden, so dass in diesem eigentlichen Sinne die Marktwirtschaft natürlich so gut eine Planwirtschaft sei wie die Kommandowirtschaft (H 37-38).

Hier liegt nun doch eine völlige Verkennung dessen vor, was das Wort Plan eigentlich besagt, Nicht dies ist doch das Wesen des Planes, dass ein "Was, Wieviel und Wie" festgelegt werde, sondern dass dies im Hinblick auf ein bestimmtes zu erreichendes Ziel geschehe! Dass nämlich nicht nur produziert und Geld verdient, sondern dass ein Volk mit den nötigen Lebensmitteln und sonstigen Gütern versorgt werde! Und dass dies in gerechter Verteilung und menschenwürdiger Art, ohne Vergewaltigung des Schwachen, ohne wesentliche Lücke usw. geschehe. Also in dem "Plan"-begriff Röpkes fehlt eben der einigende Mittelpunkt, es bleibt die Prästabilisierte Harmonie der Kräfte, die das Ganze wirkt, auch wenn jeder Teil ohne Rücksicht auf das Ganze bloss seinen eigenen Vorteil sucht.

So wundert es denn nicht, dass auch der Begriff Volkswirtschaft völlig fehlt. Von Wirtschaft ist zwar ständig die Rede, aber dass die Volkswirtschaft nicht nur die Summe aller auf einer bestimmten (und zufälligen) Zahl von Quadratkilometern Produzierenden und Verdienenden ist, sondern ein Ganzes, das die Aufgabe hat, das Volk eines Landes zu versorgen, und zwar nicht nur in guten, sondern auch in Spannungs- und Kriegszeiten, nicht nur irgendwie, sondern unter Wahrung einer gesunden Struktur, eines Ebenmasses von Stadt und Land, von Bauerntum und Industrie, von Kapital und Arbeit und vor allem auch der - politischen und finanziellen! - Unabhängigkeit dieses Landes, das wird sozusagen völlig übersehen. Es ist darum auch nie von der nationalen Eigenart und ihrem Wert, ihrer Funktion im Menschheitsganzen die Rede, wenigstens nicht so, dass daraus auch die notwendigen Konsequenzen gezogen würden.

Im Gegenteil. Es wird ein Begriff der Weltwirtschaft entwickelt, der nun alle Erfahrungen der letzten hundert Jahre völlig in den Wind schlägt, davon nur das behält, was gerade in die These hineinpasst. Besonders eindringlich kommt einem dies zum Bewusstsein in einem Artikel: "Vergessene Grundwahrheiten des internationalen Handels", den der gleiche Verfasser Prof. Dr. Röpke neuerdings in Nr. 776/783/789 (7.-9. Mai) 1944 in der "Neuen Zürcher Zeitung" veröffentlichte. Er meint z.B. es sei doch beinahe nicht zu erklären, dass fast alle Länder sich in gleichem Mass berechtigt zu fühlen scheinen, die Steigerung des Exportes als eine nationale Notwendigkeit auszugeben, und dass so viele übersehen, dass der "passiven Zahlungsbilanz der einen Länder die aktive Zahlungsbilanz der andern gegenüber stehen muss. In der Tat ist es so, dass der Aenderung des Gleichgewichts des Aussenhandels des einen Landes eine entgegengesetzte Aenderung in einem andern Lande (oder in mehreren Ländern) entsprechen muss, die der in dem ersten Lande jetzt notwendigen relativen Steigerung des Exportes den Weg bahnt". Es wird dann auf das Beispiel Englands verwiesen, das während dieses Krieges einen grossen Teil seiner ausländischen Kapitalanlagen abstossen musste, deren Einkünfte ihm bisher erlaubte, einen bedeutenden Teil der Einfuhr ohne entsprechende Ausfuhr zu bezahlen - und erklärt: "Das mindeste, was man sagen kann, ist dies, dass die weltwirtschaftliche Verschiebung, die England zur Mehrausfuhr zwingt, dieser automatisch den

Weg bahnt, da ja dem Minus an Kaufkraft in England ein Plus in den ehemaligen Gläubigerländern entspricht. Die potentiellen Märkte für die Mehrausfuhr Englands oder irgend eines andern Landes, das sich in derselben Lage befinden wird, sind also bereits vorhanden, sodass in keiner Weise einzusehen ist, warum es zu diesem Zweck einer besondern kollektivistischen Aussenhandelsregulierung bedarf".

Demgegenüber sind denn aber doch folgende Dinge fest zu halten. Wer bürgt dafür, dass diese Kaufkraft gerade in England angelegt wird? Dass die südamerikanischen Länder nicht selber ihre Wirtschaft noch weiter ausbauen, und damit die Mehrausfuhr Englands erst recht verbarrikadieren? Könnte es ferner nicht sein, dass z.B. die Amerikaner so viel produzieren dass sie damit die Welt überschwemmen? Statt aber sich durch Waren bezahlen zu lassen, die ev. die andern zunächst auch nicht liefern können, lassen sie sich die Betriebe, Aktien, Häuser, ja die Bahnen, Schiffe, Fluglinien, Mineralvorkommen übertragen. Soll ein Staat einer solchen Entwicklung tatenlos zusehen und sagen: die Handelsbilanz kann nicht ewig passiv bleiben?

Noch eine weitere Möglichkeit ist ins Auge zu fassen. Könnte nicht statt des vernünftigen Handels auch die *M a c h t* das treibende und entscheidende Motiv sein? Wenn man das andere Volk ausbeuten will? Wenn man Weltmonopole anstrebt, um dann die fremden Völker überhöhte Preise bezahlen zu lassen und selber im Ueberfluss zu leben? - Die Mexikaner mit ihren amerikanisierten Petrolquellen wüssten ein Lied zu singen. Und vielleicht in Bälde die südamerikanischen Staaten auch:

Allen diesen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten lässt der freie Welthandel ebenfalls freie Bahn, abgesehen davon, dass er die Erhaltung eines gesunden Gleichgewichtes innerhalb der einzelnen Länder selber keineswegs garantiert.

Besonders krass tritt uns der Individualismus noch im folgenden Abschnitt über die Kriegsschulden und deren Regelung entgegen. Prof. Röpke schreibt in dem genannten Artikel: "Solange jedoch die Voraussetzung einer streng kollektivistischen Wirtschaft, die wir durch Russland illustrierten, nicht zutrifft, sind es die *I n d i v i d u e n*, die verarmt sind, und zugleich diese, die durch ihre Entscheidungen die Gestaltung der Zahlungsbilanz des Landes bestimmen, welche im Grunde nur ein statistisch-abstrakter Ausdruck für die *S u m m e d e r i n d i v i d u e l l e n Z a h l u n g s b i l a n z e n* ist. Warum in aller Welt sollen nun diese Entscheidungen der Individuen, die zusammen die nationale Zahlungsbilanz bestimmen, nicht von selbst der Verarmung der Individuen entsprechen, die zusammen die nationale Verarmung ergeben? Diese Entscheidungen auf den Staat übertragen, heisst eine kollektivistische Volkswirtschaft voraussetzen, die doch erst durch eine solche Übertragung der Einzelentscheidungen an den kommandierenden Staat geschaffen werden würde; es heisst die Voraussetzung mit einer ungewollten Wirkung verwechseln und letztere im Denken vorwegnehmen".

Aber haben sich denn die Individuen wirklich als einzelne verteidigt oder eventuell mittels einer Tochtergesellschaft? Belasten nicht die Kriegsschulden, die zerstörten Häuser und Bahnen, die notwendigen Pensionen für die Krüppel und die Hinterlassenen, die Ausgaben für die weitere Mobilisation, Befestigungsanlagen usw. usw. gerade eben nicht die Einzelnen, auch nicht einfacheren Summe, sondern eben gerade den Staat und die Volkswirtschaft als ein Ganzes? Hier einfach von einer "Summe der individuellen Zahlungsbilanzen" zu sprechen, ist denn doch völlig unmöglich.

Wenn dann Prof. Röpke das Beispiel der Stadt Genf heranzieht, um seine These zu stützen, so scheint uns gerade dieses Beispiel das Gegenteil zu beweisen. Auch die Stadt Genf sei durch die Liquidierung der internationalen Organisationen, durch die Schliessung des französischen Hinterlandes und den Rückgang des Fremdenverkehrs zu einer verarmten Volkswirtschaft im Kleinen geworden und befinde sich damit in einer der Art nach ähnlichen Lage wie England. Das Fehlen einer Statistik des Aussenhandels, der Möglichkeit zu einer strikten

Regulierung der Ein- und Ausfuhr, die Unmöglichkeit einer "Genfer Devisen-zwangswirtschaft" habe allerdings die Genfer davor bewahrt, dass etwa der Gedanke aufgetaucht wäre, es müsse von der Obrigkeit aus irgend etwas geschehen, damit die Einfuhr auf das äusserste Minimum beschränkt und die Ausfuhr auf den höchstmöglichen Umfang gesteigert würde. "Statt dessen tun die Einwohner ganz von selbst, wozu sie durch ihre Lage gezwungen werden: Käufe zu unterlassen, die sie sich nicht mehr leisten können und durch Fleiss und Erfindungsgabe den Ausfall an Einnahmen der erwähnten Art wieder wettzumachen". Ist das wirklich alles? Haben nicht Stadt und Kanton Genf sich dringend an die Eidgenossenschaft gewandt, im Streit um das Zonenabkommen ihnen zu Hilfe zu kommen, eidgenössische Aemter nach Genf zu verlegen, Taxermässigungen zu gewähren usw. usw.? Hat nicht die Stadt Ausstellungen und Kongresse zu organisieren versucht, um die Gesamtwirtschaft zu beleben? Muss nicht die Stadt u.U. zum selben Zweck Strassen und Quaianlagen verbessern, die Einführung neuer Industrien begünstigen, die Steuern regulieren usw.? Sogar daran hat die Stadt eventuell ein wirkliches und vitales Interesse, dass tatsächlich seine Einwohner eine zeitlang nicht irgendwo, sondern womöglich auf Genfer Boden ihre Ferien verbringen, wenn nämlich sonst die Genfer Gasthäuser zugrunde gehen würden. Der Zerfall einer grösseren Zahl von Gasthäusern ist ja nicht bloss für deren einzelne Besitzer ein Schaden, sondern ebenso für die Geschäfte, die Gärtner, die Handwerker, die Wasser- und Elektrizitätswerke, die Konzerte, die Trams, die Steuern usw., kurz für die ganze Stadt. Nicht einmal "Genf" ist bloss die Summe seiner Einzelwirtschaften, geschweige denn ein Land.

Es geht darum nicht an, England die Mahnung zu erteilen: So wie man früher den Deutschen habe sagen müssen, dass, wer das vermeintliche volkswirtschaftliche Verbrechen beging, Orangen zu kaufen, damit indirekt, d.h. auf dem Umweg über die Bereicherung der italienischen Volkswirtschaft, ein Zeissglas kaufte, so müsse man heute den Engländern vorhalten, dass, wenn ihre Regierung den Kauf einer Schweizer Qualitätsuhr erschwere oder eine Reise an die Alpen zu einem Formulkrieg mit Siegern und Besiegten mache, sie irgend einen Schweizer hindern werde, sich einen Anzug aus gutem englischem Stoff machen zu lassen. Der Engländer wird antworten, dass gerade dies nur bei Clearingabkommen und Devisenzwang richtig sei. Denn wer garantiert ihm, dass dieser Schweizer gerade einen englischen Anzug kauft und nicht einen billigeren aus der Tschechoslowakei oder aus Amerika? Gewiss liegt es im Interesse aller Länder, dass ein reger Austausch der Güter wieder in Gang komme. Aber nur ein einigermaßen geregelter Austausch hat die wohltätigen Wirkungen. Ein völlig freier, auf blosser privater Konkurrenz beruhender, könnte ein Land in kürzester Zeit ausrauben und zum Ruin bringen, zumal bei den heutigen ungeheuren Belastungen durch Umstellung der Kriegsproduktion, Abstossung der Kriegsware, Mangel an Kredit, zerrüttete Produktion in den bombardierten Ländern.

Ferner ist nicht abzusehen, wie eine wirksame Sozialpolitik aufgebaut werden könnte beim jetzigen Stand der internationalen Organisation, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus, ohne vernünftigen Schutz der landeseigenen Arbeit und Produktion. Wie soll man sich sonst wehren gegen soziales Dumping? Man kann nicht immer den Bankrott des Unterbietenden oder eine internationale Regelung abwarten. Und auch wenn wir in der Schweiz z.B. durch Einfuhr billigsten Brotes unsere Exportindustrie aufs mächtigste ausbauen und sogar die ganze Bauernschaft darin unterbringen und gut verdienen lassen könnten, so dürfte der Staat dies trotzdem nicht zulassen, weil ohne ein gewisses harmonisches Gleichgewicht der Gruppen und Stände, und hier im besondern ohne die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes und entsprechenden gesunden Nachwuchses die Existenz des Landes trotz aller "herrlichen" Verdienstmöglichkeiten und bester (aber einseitiger) Produktion aufs äusserste gefährdet wäre.

Prof. Röpke ist natürlich zu klug, um dies letzte zu verkennen. Wer aber von soziologisch orientierter Strukturpolitik redet (H 80) und zugleich um das Gewicht der Wirtschaftskräfte weiss, wird eben nicht darum herumkommen, auch wirtschaftliche Strukturpolitik gelten lassen zu müssen, die nicht bloss

Marktpolizei bedeutet, sondern wenigstens ein Minimum von Planung im Dienste des Ganzen.

Wir wollten bei diesem Beispiel etwas weiter ausholen, weil es nachgerade recht dringlich erscheint, der individualistischen Konzeption gegenüber den Begriff der Gemeinschaft herauszustellen. Besteht doch ernsthaft die Gefahr, dass nun auch solche Kreise Gemeinschaft mit Kollektivismus zu verwechseln und mit diesem abzutun beginnen, die sonst ein Jahrhundert lang dem Liberalismus seine individualistische Auffassung vorgehalten haben! Damit würde aber auch das Neue verkannt, das heute um seine Gestaltung ringt.

(Schluss folgt).

Dokument: Die Aufgaben der Sozialdemokratischen Jugend.

Vorbemerkung: Die sozialdemokratische Jugendbewegung in der Schweiz war zahlenmässig nie stark, in ihrer Haltung aber immer radikal. Ihr Radikalismus brachte sie 1938 in scharfe Opposition gegen den damals herrschenden sozialdemokratischen Kurs der Verständigung mit den andern politischen Parteien. Im Januar 1940 fand eine Verschmelzung der sozialdemokratischen Jugendorganisation mit der kommunistischen statt, weshalb sie im November 1940 vom Bundesrat als kommunistische Organisation verboten wurde. Im Februar 1941 distanzierte sich auch die Sozialdemokratische Partei von der Sozialistischen Jugend (vgl. "Apolog. Blätter" 1941, S.18/19, 29/30, 39, 86).

Die Sozialdemokratische Partei versuchte dann eine gemässigte sozialistische Jugendbewegung zu schaffen ("Apolog. Blätter" 1941, S.149), was aber nicht recht gelingen wollte und wieder aufgegeben wurde, als vor allem unter dem Einfluss des deutsch-russischen Krieges sich eine neue Gelegenheit bot, aus Kreisen der früheren Sozialistischen Jugend eine "Sozialdemokratische Jugend" zusammenzuschliessen. Diese Dinge entwickelten sich im Verlaufe des Jahres 1942 ("Apolog. Blätter" 1942, S.173/74).

In dieser "Sozialdemokratischen Jugend der Schweiz" (SDJS) machten bis Anfang 1944 auch Jungkommunisten mit. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, von denen wir neulich in den "Apolog. Blättern" berichtet haben (S. 77 f. u. S. 88 f.), kam es auch zu Loslösung bzw. zum Ausschluss der Jungkommunisten aus der SDJ. Die mit der Sozialdemokratischen Partei verbundene SDJ zählt heute, nach einem Bericht in der Mainnummer 1944 der Jungnaturfreunde "Junge Garde", ca. 250 Mitglieder.

Aus dieser SDJ stammt das folgende "Dokument", das im Februar d.J. geschrieben sein dürfte. Es gibt uns Einblick in die Haltung der Sozialdemokratischen Jugend, ihren Kampf mit den kommunistischen Jugendgenossen, die als "Sektierer" und "Ultrarevolutionäre" bezeichnet werden, und in die Aufgaben, welche sich die SDJ stellt.

"Die wirtschaftliche Lage der Jugend ist eines der dunkelsten Kapitel in der Lage der werktätigen Klassen der Schweiz... Bei dieser ausgesprochenen Notlage der arbeitenden Jugend muss festgestellt werden, dass die Gesundheit und damit die Entwicklung und die Zukunft unserer Jugend in höchstem Masse gefährdet ist. Die Konsequenz davon ist gar nicht durchwegs eine politische Radikalisierung der Jugend, sondern Massen von Jugendlichen interessieren sich trotz ihrer Lage recht wenig für Politik und, was schlimmer ist, sie verlieren den Glauben an die Demokratie, die Liebe zur Freiheit, weil sie bis jetzt nicht sehen konnten, dass die demokratischen Rechte eine entscheidende Voraussetzung für einen wirksamen Kampf zum Schutze der Jugend sind. Statt dessen werden sie oft empfänglich für reaktionäre und faschistische Propaganda, für autoritäre Lösungen.

Unter diesen Umständen ist es dringend notwendig, im Rahmen einer breiten Jugendbewegung die Arbeiterjugend zum Kampf für die "Neue Schweiz", speziell auf dem Gebiet der Jugendfragen, zu mobilisieren. Darüber hinaus muss die

gesamte werktätige, auch die nichtproletarische Jugend, ungeachtet der weltanschaulichen Richtungen, für den Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen gewonnen werden, in erster Linie hinsichtlich der Sofortforderungen zum Schutze der Jugend...

In und durch diese Aktionen müssen die Jugendlichen ihre Erfahrungen in wirtschaftlichem und politischem Kampf machen, aus den Erfahrungen lernen und sich auf diese Weise politisch bilden... Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Arbeiterjugend sich nicht von der übrigen, nichtproletarischen Jugend isoliert, sondern dass sie sich im Rahmen einer Sammlung der gesamten werktätigen Jugend für eine bessere Zukunft selbst entwickelt und breit organisiert.

Die Sammlung der Arbeiterjugend muss in engem Kontakt und loyaler Zusammenarbeit mit der S.P. (Sozialdemokratischen Partei) und den Gewerkschaften geschehen unter Wahrung der Selbständigkeit der Jugendorganisationen... Am Anfang des Krieges war eine Zusammenarbeit zwischen Jugend und Partei ausserordentlich schwierig, weil tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, hauptsächlich innenpolitisch wegen der Burgfriedenspolitik und aussenpolitisch wegen der Einschätzung des Charakters des Krieges und der Politik der Sowjetunion (Nichtangriffspakt, erster Finnlandkrieg).

Heute sind diese Meinungsverschiedenheiten, hauptsächlich die aussenpolitischen, aufgrund der Entwicklung der allgemeinen Lage und der Politik der Partei zum grossen Teil verschwunden. Innenpolitisch hat sich zwar die Partei infolge ihres immer noch starken rechten Flügels noch nicht radikal von der Burgfriedenspolitik abgewendet. Man muss aber die Dinge nie nur vom sturen Gesichtspunkt des momentanen Stadiums betrachten, sondern vom Gesichtspunkt ihrer Bewegung, ihrer dialektischen Entwicklung. Der Prozess dieser Entwicklung verläuft in Form einer Aufhebung der inneren Widersprüche zwischen Radikalismus und Reformismus, im Sinne der Entfaltung einer sozialistischen Massenpolitik, einer progressiven Entfernung von der Burgfriedenspolitik und einer Verstärkung des Kampfes für die Durchführung des Programms der "Neuen Schweiz"... Dieses Programm bildet, obwohl es sich bisher zu wenig in der praktischen Tätigkeit der Partei ausgewirkt hat, eine neue Situation mit ganz neuen Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit der S.P... Dieses Programm ist keineswegs nur eine wahlplattform, wie manche von der Rechten es auffassen, sondern es ist ein Zielprogramm, für dessen Verwirklichung die Mitarbeit der Jugend von grosser Bedeutung ist.

Dabei muss man die folgenden inneren Bedingungen der S.P.S. berücksichtigen:

1. dass die Parteileitung (Geschäftsleitung) den Kampf gegen die lähmenden Einflüsse der Ultrareformisten führt, wie es z.B. anlässlich der Frage der Bundesratsbeteiligung mit oder ohne Bedingungen stark zum Ausdruck gekommen ist, und dass man sie infolgedessen in dieser Richtung unterstützen muss, statt sie ständig von links her anzugreifen.
2. Dass die Arbeiterjugendbewegung zum linken Flügel der schweiz. Arbeiterbewegung gehört, dass sie also als radikalisierender Faktor wirken kann, aber selbstverständlich nur unter der Voraussetzung einer loyalen und aufbauenden Mitarbeit. Im Moment, wo sich die Jugend gegen die Partei missbrauchen lässt, spielt sie der Rechten in die Hand.
3. Dass die Parteileitung ihren Standpunkt in der Jugendfrage weitgehend geändert hat. Viele Parteifunktionäre fangen langsam an, die Wichtigkeit einer starken Jugendbewegung für die Partei einzusehen und anerkennen prinzipiell die Selbständigkeit der Jugend sowie die Notwendigkeit der Unterstützung seitens der Partei... Unter diesen Umständen hat die Jugend von dieser Zusammenarbeit keine reformistische Bevormundung und nicht einmal einen reformistischen Einfluss zu befürchten, sondern es sind die Reformisten in der Partei, die davon einen klassenkämpferischen Einfluss und Nachwuchs für die Partei befürchten müssen...

Die Sammlung der Arbeiterjugend im Kampf für ihre Forderungen muss in engem Kontakt und loyaler Zusammenarbeit mit allen gewerkschaftlichen und

kulturellen Organisationen der Arbeiterjugend geschehen, auf dem Weg über ihren Ausbau zu Massenorganisationen, über ihre Schulung und Lenkung und ihre Mobilisierung für die "Neue Schweiz". Dazu sind Dachorganisationen der Arbeiterjugend notwendig, die sowohl frei von sektiererischem Einfluss sind als auch unabhängig von reformistischen Gewerkschaftsführern. Da diese Aufgabe entscheidend wichtig ist, fordert sie den persönlichen Einsatz der besten Kader der sozialistischen Jugendbewegung innerhalb dieser Massenorganisationen. Die Sammlung der gesamten werktätigen Jugend gegen die Reaktion muss auf dem Weg einer loyalen, weitsichtigen Bündnispolitik mit den andern nichtproletarischen Jugendorganisationen erfolgen für gemeinsame Interessen der gesamten Jugend, auf dem Boden der Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus und des Kampfes für eine gesunde Jugend. Dazu sind ebenfalls Dachorganisationen (Muster Tatgemeinschaft) notwendig, wobei jedes radikale Phrasendreschen über die "gewaltsame Beseitigung der Klassenherrschaft" und die "Diktatur des Proletariats" als bewusste oder unbewusste sektiererische Sabotage zu entlarven ist. Dabei ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass bei jeder Aktion die tatsächlichen Interessen der beteiligten Jugendschichten, d.h. die buchstäbliche Durchsetzung ihrer Forderungen und nicht die - übrigens falsch verstandenen - parteipolitischen Interessen der Linken im Vordergrund stehen. Das heisst, dass man diese Aktionen nicht macht, "um unsere Organisationen aus der Isolierung herauszuziehen", d.h. um politisches Kapital daraus zu schlagen, sondern ganz einfach um der Jugend zu helfen. Das ist kein Spiel mit Worten, sondern eine prinzipielle Frage von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei ist zu beachten, dass man die Eigenarten der verschiedenen Jugendbewegungen religiöser oder anderer Natur respektiert und ohne Vorurteil an sie herantritt. Nur auf diesem Weg wird es möglich sein, eine breite Jugendbewegung in der Schweiz zu entfalten.

WELCHES SIND DIE ERFABRUNGEN, DIE WIR IN UNSERER JUGENDARBEIT DER LETZTEN JAHRE GEMACHT HABEN, UND WELCHE KONSEQUENZEN ERGEBEN SICH AUS IHREN FUER DIE WEITERE TÄTIGKEIT DER SDJS?

Die entscheidende Erfahrung besteht darin, dass es bis jetzt nicht gelungen ist, die SDJ nennenswert zu verstärken und zu erweitern und eine breite sozialistische Jugendbewegung aufzuziehen, gar nicht zu reden von einer nennenswerten Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen des Mittelstandes.

Beweis: In Zürich gibt es ca. 80,000 Jugendliche und bürgerliche Jugendorganisationen, die tausende von Mitgliedern haben; die SDJZ aber hat knapp hundert Mitglieder. An andern Orten, mit Ausnahme vom Tessin, sieht es noch schlimmer aus. An vielen wichtigen Orten gibt es überhaupt keine SDJ. Es ist einfach eine unbestreitbare Tatsache, dass unsere SDJ sektiererisch klein ist und das in einer Situation, wo wir schon lange nicht mehr gegen den Strom schwimmen müssen, wie zu Anfang des Krieges, als wir z.B. fast allein zur Sowjetunion standen. Die Bedingungen für die Schaffung einer breiten Jugendbewegung sind jetzt auf Grund der Lage und der allgemeinen Stimmung günstiger als je. Für eine sozialistische Jugendbewegung in der heutigen Zeit sind unsere Mitgliederzahlen vollkommen lächerlich. Sie sprechen unserer bisherigen Arbeit das Urteil und beweisen besser als alle politischen Argumente die Schädlichkeit der sektiererischen, ultrarevolutionär klingenden Tendenzen in den Arbeiterjugendorganisationen....

Wir erklären heute klipp und klar, dass es gar keinen Sinn hat, abzuwarten, bis uns die Rote Armee oder sonst jemand den Sozialismus fertiggebacken auf den Teller serviert, und dass kein Mensch uns daran hindern wird, mit aller Konsequenz aus unseren Erfahrungen die Lehre zu ziehen. Wir werden in Zukunft über alle Hindernisse hinweg, mögen sie von rechts oder von links kommen, in der Jugend eine breite Volksfrontpolitik durchführen.

WORAN LIEGT ES, DASS DIE SDJ BIS HEUTE SO KLEIN UND EINFLUSSLOS GEBLIEBEN IST, UND WAS MUSS IN UNSERER ZUKUNFTIGEN TÄTIGKEIT GEAENDERT WERDEN?

1. F a l s c h e u n d o b e r f l ä c h l i c h e E i n s c h ä t z u n g e n d e r L a g e sind in der SDJ weit verbreitet mit der Tendenz, die Lage so einzuschätzen, wie man sie gerne haben möchte, d.h. sie zu überschätzen

und oberflächliche Vergleiche mit 1918 anzustellen. Das Resultat davon ist eine Politik, die wichtige Zwischenstufen überspringen will, d.h. A k t i o n e n o h n e R ü c k h a l t, bei Ueberschätzung der eigenen Kraft. Eine dringende Aufgabe wird also darin bestehen, die SDJ-Gruppen und -Genossen über die tatsächliche Lage aufzuklären, speziell inbezug auf die konkreten heutigen Möglichkeiten der Arbeiterjugend. Auch für die Jugend ist die Politik die Kunst des Möglichen.

2. F a l s c h e E i n s c h ä t z u n g d e r A u f g a b e n d e r A r b e i t e r j u g e n d o r g a n i s a t i o n e n sind ebenfalls weit verbreitet. Viele Jugendgenossen erblicken in der Organisierung der "revolutionären Jugend im Hinblick auf die gewaltsame Beseitigung der Klassenherrschaft" die Tagesaufgabe, wobei der "Kampf gegen die reformistische SP und ihre Bonzen" in der Praxis im Vordergrund steht. Dieser Kampf wird geführt mit der schlimmsten Hetze, mit der systematischen Brandmarkung jeder schlechten Sache als Klassenverrat und jeder guten als Demagogie. Die Entwicklung der SP nach links muss gefördert und nicht als "Demagogie" abgetan werden. Sie sagen zwar selber, dass man für die wirtschaftlichen Forderungen der Jugend kämpfen muss, unterschätzen aber dabei die Wichtigkeit des tatsächlichen Erfolges und reden mehr vom "Weg aus der Isolierung der Jugendorganisationen" als von der tatsächlichen Hilfe an die Jugend, denken nur daran, aus jeder Aktion politisches Kapital für die Linke herauszuschlagen und drehen zum Schluss jede Aktion mehr oder weniger gegen die SP statt gegen die Bourgeoisie. Sie machen jede Arbeit auf breiter politischer Basis illusorisch durch die abstossend wirkenden radikalen Phrasen über die bevorstehende Revolution und führen selbst im Rahmen von Massenaktionen eine ausgesprochen sektiererische, superrevolutionär klingende Politik. Hierfür werden Eigenschaften der Jugend missbraucht: Draufgängertum, Mangel an politischer Erfahrung, Romantik.

3. Im Zusammenhang mit der Perspektive der Gründung neuer, SP-feindlicher Arbeiterparteien in der deutschen Schweiz wird die Jugend systematisch gegen die SP und für diese parteipolitischen Zwecke missbraucht. Das Ziel ist die Lösung der SDJ von der SP (unter dem Vorwand des Kampfes für die Unabhängigkeit der Jugend) und ihre Gewinnung für diese neuen Arbeiterparteien. Dazu werden von gewissen Elementen die Beziehungen zwischen SDJ und SP systematisch vergiftet und diejenigen Jugendgenossen, die sich für gute Beziehungen und loyale Zusammenarbeit mit der SP einsetzen, als "Agenten der Bonzen und Verräter der revolutionären Jugendbewegung" gebrandmarkt. In Anbetracht dieser Situation ist es notwendig, jede zersetzende Tätigkeit zu unterbinden, ihre wahre Bedeutung zu entlarven und ihre Träger aus unseren Reihen auszuschliessen. Es ist wichtig, diesen Kampf auf politischem Boden auszutragen. Aber nach Erreichung eines gewissen Stadiums der politischen Aufklärung lassen sich gewisse, manchmal schmerzhaft, organisatorische Massnahmen nicht vermeiden. Die Ausschaltung einiger schädlicher Elemente bedeutet keine Spaltung der Jugendorganisation, sondern ist im Gegenteil eine Voraussetzung ihrer Erweiterung, d.h. ihrer Einheit mit der arbeitenden Jugend und ihrer Zusammenarbeit mit der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung. Diese Zusammenarbeit ist unbedingt notwendig und muss ausgebaut werden.

4. Alle diese Jahre lag das Hauptgewicht der Arbeit der SDJ bei der internen Tätigkeit statt bei der Tätigkeit nach aussen, in den Massenorganisationen der Jugend. Die Tätigkeit der SDJ darf sich nicht in sich selbst erschöpfen, sie ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Mobilisierung und Schulung der Arbeiterjugend. Wir dürfen nicht innerhalb der SDJ revolutionäre Jugendliche derart beanspruchen, dass sie gar nicht mehr dazu kommen, ihre entscheidende Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, die Massen der Jugend mit Hilfe der Massenorganisationen politisch zu lenken und in den Kampf für die Neue Schweiz zu führen. Jeder Jungsozialist muss mindestens in einer nichtpolitischen Organisation der

Jugend sein, und die meisten müssen dort die Haupttätigkeit entfalten, damit wir bei zukünftigen Kämpfen, bei welchen die Schaffung überparteilicher Dachorganisationen zur Durchsetzung bestimmter Forderungen notwendig sein wird, auf schon vorbereiteten Boden stossen. Darin liegt die Voraussetzung nicht nur für den Ausbau und Einsatz dieser Organisationen, sondern auch für die Vergrößerung des Einflusses der SDJ selbst und für ihre eigene Erweiterung und Verstärkung.

Die Beanspruchung von Jungsozialisten innerhalb der SDJ ist nur in dem Masse berechtigt, als sie dort politisch und organisatorisch für die Massenarbeit bewaffnet werden. Das bedeutet einerseits politische Schulung, andererseits jedoch, dass alle wirtschaftlichen und politischen Aktionen der Jugend hauptsächlich von den Gewerkschafts- und kulturellen Jugendorganisationen sowie von den Dach-Organisationen der Arbeiterjugend ausgehen sollen und in enger Zusammenarbeit mit diesen Organisationen erfolgen müssen. Dieselben müssen im Rahmen ihrer einzelnen Aufgaben ausgebaut und erweitert werden, damit man überhaupt von Massenorganisationen sprechen kann. Und der Einfluss der Jungsozialisten muss dort auf Grund ihrer mustergültigen Mitarbeit verstärkt werden. Nur indem sie diese Aufgabe erfüllen, schaffen die Jungsozialisten die Voraussetzungen einer Verstärkung und Erweiterung der SDJ selbst. Viele Genossen drücken sich von dieser Massenarbeit, entweder wegen Faulheit oder wegen Unfähigkeit, mit der sog. Bodenseetheorie als Hintergedanken. Diese Bodenseetheorie, die darin besteht, dass der Sozialismus in der Schweiz mehr von der Entwicklung der aussenpolitischen Lage als vom Willen des Schweizer Volkes erwartet wird, muss in allen ihren Formen, Erscheinungen und Tarnungen als falsch, illusorisch und schädlich entlarvt werden. Sie hat in der Arbeiterjugendbewegung leider schon die schlimmsten Verheerungen angerichtet und darf als schweizerische Spezialität auf keinen Fall unterschätzt werden. Mit dem Sozialismus hat sie gar nichts zu tun.

5. Die SDJ arbeitet teilweise mit überlebten Organisationsformen und mit politischen Methoden, die den veränderten Aufgaben einer veränderten Lage nicht mehr voll entsprechen.

6. Die SDJ führt z.T. eine unjugendliche Politik. Dieser Fehler besteht hauptsächlich darin, dass man oft von der Jugend verlangt, dass sie sich an uns anpasst, statt dass wir uns an die Jugend anpassen, sowie darin, dass die Jugend in ihrem Klassenbewusstsein überschätzt wird, was zur Folge hat, dass wir der Entwicklung vorseilen und den Kontakt mit den breiten Jugendmassen verlieren. Das politische Interesse in der schweizerischen Jugend ist gering. Sport, Mädchen, Berufsfragen ohne jeglichen politischen Einschlag bilden die Interessen breiter Jugendchichten. Dabei ist zu sagen, dass im Grunde genommen die Mädchenfrage mit der bürgerlichen Moral, die Sportfrage in finanzieller Hinsicht sowie die berufliche Weiterbildung nicht von den politischen Fragen zu trennen sind und bei geschickter Ausnützung grösstmögliche Anhaltspunkte bieten. Selbstverständlich muss man dabei die Erziehung von Funktionären auf keinen Fall vernachlässigen, aber diese Aufgaben stehen in einer engen Wechselbeziehung. Es ist der Jugend aber auch auf direkt politischem Gebiet der Weg zu weisen mit Forderungen, die mit der ganzen Jugend durchgeführt werden müssen, die aber dann unbedingt bis zum Erfolg durchzuführen sind, um der Jugend die Stärke eines gemeinsamen Vorgehens und den Wert der politischen Freiheiten zu demonstrieren. Man darf sich nicht vor der Erfüllung dieser schwierigen Aufgaben drücken, sich nicht hinter illegaler Romantik verstecken, sondern die SDJ muss die Schweizer Jugend so einschätzen, wie sie ist, und künftig ihre ganze Taktik diesen konkreten Bedingungen anpassen.

7. Zum Schluss müssen wir feststellen, dass die Verantwortung für das Fehlen einer breiten Arbeiterjugendbewegung z.T. auf das Konto der SP selbst fällt. Die Selbstkritik gibt uns auch das Recht, die ändern zu kritisieren. Zweifellos ist mangelnde Unterstützung von seiten der SP an die Jugend festzustellen, sowie überhaupt eine Unterschätzung der Wichtigkeit der Jugendfrage für die Arbeiterbewegung und ihre Zukunft. Das bezieht sich nicht nur auf die materielle Unterstützung. Der SP ist es nie gelungen,

geeignete Verbindungsmänner zwischen Jugend und Partei zu stellen. Wohl hat sie schon Funktionäre bestimmt, die sich mit der Jugend befassen, d.h. die an Sitzungen teilnehmen und ab und zu auch Forderungen der Jugend in den Körperschaften der Partei vertreten. Aber es geht nicht darum, sondern die Partei muss verstehen, dass die Jugendfrage eine politische Frage ist, die man nicht lediglich mit organisatorischen Massnahmen lösen kann, und dass sie Funktionäre bestimmen muss, die nicht schon mit enormen administrativen Arbeiten überlastet sind, sondern solche, die sich das Vertrauen der Jugend schaffen können, die dazu die entsprechenden psychologischen Fähigkeiten besitzen und überhaupt über die notwendige Zeit verfügen, - Leute, die imstande sind, der Jugend zu helfen, den Weg einer wirklichen sozialistischen Politik zu finden. Der bisherige Zustand drückte sich nicht nur in der finanziellen Unterstützung aus, sondern griff über auf die gesamte Programmgestaltung: Vernachlässigung der Jugendfrage im Programm "Die Neue Schweiz", in der Parteipresse, in der Tätigkeit der parlamentarischen Fraktionen usw.

In diesem Zusammenhang kann allerdings eine Wendung zum Besseren festgestellt werden. Die Partei muss nun aber verstehen, dass, wenn sie eine starke und politisch gesunde Arbeiterjugend haben will, eine Arbeiterjugend, die zu ihr steht, sie dazu ein einziges zuverlässiges Mittel in der Hand hat: die tatkräftige Hilfe. Der Ausbau einer starken und gesunden Arbeiterjugendbewegung ist die beste Sicherung für die Zukunft der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung.

#### Verfehlt-amerikanischer Messianismus!

Wir staunen unwillkürlich, wenn Amerikaner- und -besucher übereinstimmend von einer wachsenden Welle des Messianismus der Amerikaner gegenüber Europa berichten. Uns will es zu unwirklich scheinen, dass man dort im Ernst glauben kann, in Europa würde alles wieder gut werden, wenn die Europäer nur etwas mehr amerikanisch denken wollten. Soweit sich dieser Messianismus die Freiheit der europäischen Völker zum Ziel gesetzt hat, schulden wir ihm unsere Anerkennung, denn viele erwarten gerade von ihm ihre Befreiung und Rettung. Sind die Einflüsse aber moralischer und religiöser Art, so tun wir gut, sie mit Vorsicht zu prüfen.

Wenn der Artikel "Polygamie gesetzlich gestattet" (Ehereform nach dem Krieg) des amerikanischen "The Kiwanis Magazine", Chicago, den die Schweizer Zeitschrift "Die Lupe" in Nr. 31 abdruckt, aus einem solchen Gefühl des moralischen Sendungsbewusstseins gegenüber Europa geschrieben sein sollte, lehnen wir diese verderbliche Botschaft aus der westlichen Hemisphäre dankend ab mit dem entschiedenen Vermerk: "Annahme verweigert". Der genannte Artikel befürchtet für die Nachkriegszeit einen grossen Überschuss an Frauen, die nicht werden heiraten können, weil einfach zu wenig Männer da seien. Diesem Uebel könne und müsse abgeholfen werden entweder durch Legitimierung des ausserehelichen Geschlechtsverkehrs oder durch gesetzliche Einführung der Polygamie, d.h. auf deutsch der Vielweiberei. Der erste Lösungsversuch wird dann als weniger "zweckmässig" erklärt, weil er auch der eigentlichen Natur der Frau "ein wenig" (sic!) entgegen sei. Als zwar "nicht moralischer, so doch jedenfalls praktischer und hygienischer" wird jedoch der zweite Weg bezeichnet und angepriesen, und es komme vorläufig darauf an, "die Diskussion über so wichtige Fragen ins Volk zu tragen".

Der Amerikaner nennt es ein grosses Unrecht, das man den Frauen antun würde, wenn diese wegen unserer überlebten Gesellschaftsordnung ohne Ehegatten leben müssten. Es wird hier das absolute Recht jeder einzelnen Frau auf Geschlechtsverkehr propagiert. Entgegenstehende moralische Schranken sollen fallen, sie seien ohnehin nur "Fiktion". Die hohe Anzahl der Ehescheidungen der Gegenwart beweise, "dass die eheliche Treue bis zum Tod heute bereits der Vergangenheit angehöre".

Lächerlicherweise stellt sich dieser Amerikaner bei seiner Ueberlegung selbst auf den von seiner Nation doch sonst so angegriffenen Standpunkt der nationalsozialistischen Rechtsanschauung, wonach der Staat Recht und Gesetz dem momentanen Nutzen entsprechend erlassen oder abändern kann, selbst wenn es sich um göttliche Gesetze handelt. Die Ordnung der Einehe aber zu ändern, hat der Staat keine Befugnis; denn hier hat Gott bereits durch die Naturanlage von Mann und Frau, ganz abgesehen vom positiven Gesetz der christlichen Offenbarung, seinen Willen kundgetan. Gott hat der einzelnen Frau kein absolutes Recht auf Erfüllung des Geschlechtstriebes gegeben, sondern nur ein bedingtes. Bedingung ist, dass sie einem Manne in gottgewollter Einehe angetraut ist. Wer aus irgend einem Grunde nicht zur Ehe kommt, muss auf die Erfüllung seines Geschlechtstriebes verzichten, denn ausserehelicher Verkehr oder Vielweiberei würde die Würde der Frau im tiefsten verletzen und ihre gottgewollte Natur schänden. Sie würde zur Sklavin des Mannes herabsinken, zu einem blossen Gebrauchsgegenstand: eine Stellung, die das Christentum als einer erlösten Seele und eines Gotteskindes, wie es die christliche Frau ist, unwürdig hält. Deshalb kann das Christentum nur die Einehe mit ihrem Sakrament heiligen, weil jede andere Gemeinschaft der Geschlechter dem göttlichen Willen über die Ehe zuwider ist.- Wir möchten deshalb diesem Amerikaner entgegenhalten, dass wir in Europa nicht von der Vielweiberei, sondern von der ehelichen Treue und gesunden Familien die Rettung unseres Volkstums erwarten, auch wenn Prof. Dr. H. Hanselmann, der bekannte Pädagoge in Zürich, in unbegreiflicher Missachtung der moralischen Gegebenheiten über "Hygiene des Liebeslebens ausserhalb der Ehe" schreibt und dabei den ausserehelichen Verkehr mehr als ein Problem der Hygiene als der Moral auffasst, ja sogar behauptet, von Natur sei der Mann eher polygam veranlagt. (Im Oktoberheft der Zeitschrift "Volksgesundheit", 1943, S. 298 ff.).

Das zweite Argument bildet für den Amerikaner die bevölkerungspolitische Notwendigkeit eines vermehrten Nachwuchses nach dem Krieg für jene Völker, die einen Grossteil ihrer männlichen Jugend verloren haben. Die "unmodernen Moralitätsgesetze", wie er unsere Einehe nennt, würden aber den Ueberschuss an Frauen zur Unfruchtbarkeit verurteilen und damit gerade den so nötigen Nachwuchs verhindern. Also auch hier fallen einem wiederum die Anklänge an jenes Axiom des nationalsozialistischen Rechtes: "Recht ist, was dem Volke nützt", auf! Man hat keine Bedenken, das Sittengesetz umzustossen, wenn es die Bedürfnisse der Nation erfordern, das ist doch mit diesem Argument gesagt.

Weshalb wir aber ein solches Argument noch schärfer ablehnen müssen, und wodurch es vollständig in seiner Berechtigung entkräftet wird, ist die Tatsache, dass man heute einerseits die Methoden der Abtreibung, der Sterilisation und der empfängnisverhütenden Mittel, die alle den Nachwuchs eines Volkes schwerstens vermindern, propagiert und gesetzlich stützen will, andererseits aber hier die Forderung nach Vielweiberei aufstellt, um dem Volk mehr Nachwuchs zu verschaffen. (Ob das dadurch überhaupt erreicht werden könnte, ist erst noch eine Frage!). Schon die Praxis der Geburtenregelung und -beschränkung ist nicht auf dem europäischen Festland aufgekommen, sondern sie kam aus dem Westen mit der sog. Lehre des Neomalthusianismus.

Heute liegt die Verderblichkeit dieser von der Kirche verurteilten Lehre auch in ihren Folgen klar auf der Hand, sucht doch die Familienpolitik in allen europäischen Ländern mit Mühe die von ihr geschlagenen Wunden wieder zu heilen. - Und heute kommt wieder aus dem Westen der Ruf nach Vielweiberei, die unsere Familien noch vollends zerstören müsste. Nach deutschen Annahmen gingen dem deutschen Volk im Jahre 1930 über eine Million Kinder durch Abtreibung verloren, d. h. etwa ebensoviel, als lebend geboren wurden. Will einer deshalb seine Stimme für grösseren Nachwuchs eines Volkes erheben, so möge er zuerst auf die Einhaltung der göttlichen Gesetze in dieser Hinsicht dringen. Aber was unser Amerikaner will, heisst dieses Verbrechen an der göttlichen Ordnung durch ein neues wieder gut machen wollen. Wir Europäer haben aber endlich eingesehen, - oder haben wir es noch nicht? -, dass die Ursache der heutigen Wirrnis gerade darin liegt, dass wir die göttlichen Gesetze des Rechts und der Sittlichkeit ungestraft beiseite

schieben zu können glaubten. Deshalb lehnen wir diese Äusserung des amerikanischen Messianismus ab, weil sie vor allem daran krankt, dass sie den Messias in einfältiger Weise mit dem Teufel verwechselt.

### Wird die Jugend wieder religiös?

---

Noch vor wenigen Jahren klagte man allgemein, dass die Jugend für Religion keinen Sinn mehr habe. Heute hat sich diese Situation doch wesentlich und weitgehend geändert. Wir bringen im folgenden einige kurze Zeugnisse, die dies von der ausserkirchlichen Jugend bezeugen.

1. Dr. Hans Zbinden schreibt in einer Broschüre, die den Titel trägt: "Jugend und Familie in der Krise der Gegenwart" (Verlag Gebr. Leemann & Co., Zürich): "Wir stehen vor der Tatsache, dass das religiöse Interesse der jungen Generation im Vergleich zur früheren Epoche zunimmt. Es ist denkbar, dass das Glaubensverlangen der jungen Generation nach dem Kriege weiter wächst, dass die weltanschaulichen und religiösen Interessen nicht weniger stark sein werden als die sozialen". Er schliesst daran die Frage: "Werden die Vertreter des religiösen Lebens diesem Drang freie feste Bahn öffnen?"

2. Pfr. Hellstern, ein in der Jugendseelsorge sicher erfahrener protestantischer Geistlicher, meint zu diesen Worten Zbindens in der "Jungen Kirche" (Mai 1944): Wir möchten ein Wort hören, dem man anmerkt, dass es nicht nur die Meinung einiger religiös interessierter Leute ausdrückt, dass es nicht nur vorsichtig vermeidet, ja irgendwem nahe zu treten und nicht einmal den Teufel zu verletzen! Wir sehnen uns nach Worten, wie sie einst die Propheten im alten Israel ins Volks gerufen haben, Worte, die im Auftrag und wirklich im Namen des Herrn gesagt werden. Nicht Missbrauch des göttlichen Namens wollen wir, sondern ein Wort aus göttlicher Vollmacht gesprochen".

3. Rudolf Grob, der Führer der sog. "Jungreformierten" wieder schreibt in seinem Büchlein: "Schlagwort oder Glaube", Rascher Verlag, 1944 (in der Serie "Stimmen zum Auftrag unserer Zeit"): "Fragen wir manche einsame Entdeckungsfahrer unter der heutigen Jugend nach dem tiefsten Grund ihrer Kirchenfremdheit, so werden sie uns antworten: "Wir suchen die reine Glaubenswirklichkeit. Die Kirche vermischt ihre Botschaft mit Ideologien. Wir suchen den, der einzig und allein um seiner selbst willen gesucht werden muss. Wir gingen in die Kirche und suchten die Verkündigung der lautereren Glaubenswahrheit, und suchten nichts anderes, und vernahmen immer wieder politische Belehrung. Wir suchten das Gewaltigste, die reine Verkündigung des Wortes, das hoch über allen Menschenworten steht, und wir hörten immer und immer wieder den heiseren Protestschrei religiös getarnter Propaganda. Wir suchten weder nationalsozialistische noch liberalistische noch demokratische noch marxistische Gedankengänge über Gott, wir suchten ihn selbst. Nicht zu weltfremd ist uns die Botschaft, die wir in der Kirche hörten, sondern zu verweltlicht. Kann man uns zumuten, eine Predigt ernst zu nehmen, in der viel und eifrig die reine christliche Lehre gefördert wird und die zugleich die reine Lehre zum Beweis dafür benützt, dass irgend ein Ismus das allein Gottgewollte und irgend ein anderer Ismus teuflisch sei? Wir suchen Christus als den Grösseren, als den Gewaltigeren und bleiben darum der Kirche fern" (S.15/16).

Diese Zeugnisse, die sich vermehren liessen, zeigen ein stark gewandeltes Situationsbild. Es ist nicht mehr das Pathos der schrankenlosen Freiheit, das die kommende Zeit beherrscht, sondern das Suchen nach einem objektiven Halt. Es ist nicht mehr der Materialismus vor allem, der die Jugend beherrscht, sondern die geistigen und vor allem religiösen Werte gewinnen an Bedeutung. Der religiöse Glaube und zwar ein sehr radikaler Glaube wird wieder modern. Diese geistige Wende, die sich hier und dort anbahnt, hat höchst erfreuliche Seiten: Religion hat wieder eine Zukunft. Sie birgt aber auch Gefahren: Ein übersteigerter Spiritualismus droht. Auch in katholischen Kreisen zeigen sich da und dort Ansätze zu einem gewissen Integritätismus. Es gilt hier das Neue zu sehen, das Gute zu fördern und der Gefahr rechtzeitig zu steuern.